



 **Pressemitteilung**

Kommunikation • Energie ● 19.10.2022

GVB fordert Rettungsschirm auch für genossenschaftliche Energieversorgungsunternehmen

Steigende Energiepreise gefährden Sicherheit der Energieversorgung

Nicht nur Bürgerinnen und Bürger bekommen derzeit die steigenden Energiepreise zu spüren. Auch Energieversorgungsunternehmen sind stark betroffen – darunter 32 genossenschaftliche Energieversorger in Bayern. Damit diese auch weiterhin eine sichere und verlässliche Versorgung gewährleisten können, fordert der Genossenschaftsverband Bayern (GVB), genossenschaftliche Energieversorgungsunternehmen in einen Rettungsschirm mit einzubeziehen, der derzeit für Stadtwerke diskutiert wird. „Dies ist nicht nur ein Gebot der Fairness und Gleichbehandlung, sondern sendet auch ein Signal der Stabilität an alle Marktteilnehmer“, sagte GVB-Präsident Gregor Scheller am Mittwoch in München. Der GVB unterstützt ausdrücklich entsprechende Forderungen des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV).

Die aktuelle Entwicklung der Energiepreise stellt die Energieversorgungsunternehmen vor zwei Herausforderungen: Zum einen sind sie mit ihren Kunden langfristige Verträge zu stabilen Preisen eingegangen, müssen den Strom am Markt aber zu den derzeitigen, deutlich höheren Marktpreisen einkaufen. Zum anderen schließen sie jetzt neue Lieferverträge mit Stromerzeugern ab. Wenn die Energiepreise wieder fallen, bleiben sie auf den teuer eingekauften Strommengen sitzen, weil sie diese zu den bisherigen Preisen nicht mehr verkaufen können.

Hinzu kommt ein erheblicher Bedarf an Sicherheiten, die aufgrund des aktuellen Marktumfelds hinterlegt werden müssen. Diese Sicherheiten sind zuletzt stark gestiegen, weil angesichts der Marktsituation die Geldgeber die Risiken schwer kalkulieren können.

Ein entsprechender Rettungsschirm könnte beispielsweise Liquiditätshilfen in Form von Darlehen mit staatlichen Bürgschaften umfassen. Diese könnten zur Zwischenfinanzierung eingesetzt werden. „Über die KfW sowie die bayerische Förderbank LfA wäre es möglich, ein solches Programm entsprechend aufzulegen. Für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wäre der Ausfall ihres Energieanbieters ein erhebliches Risiko mit weitreichenden Folgen“, resümierte Scheller.

Er forderte die derzeit in Hannover tagenden Ministerpräsidenten auf, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck für die Einführung eines Rettungsschirms unter Berücksichtigung genossenschaftlicher Energieversorgungsunternehmen

einzusetzen und über die Förderbanken der Länder, wie der LfA in Bayern, entsprechende Programme aufzulegen und unbürokratisch umzusetzen.

Weitere Informationen

[🔗](#) Alle Pressemitteilungen

[🔗](#) Pressebilder

Foto oben: Canva



Dr. Gerald Schneider

Pressesprecher

Mitgliederentwicklung und Kommunikation > Medien und Kommunikation

[📞 +49 \(89\) 2868-3401](tel:+49(89)2868-3401)

[📧 presse@gv-bayern.de](mailto:presse@gv-bayern.de)